

**Das Potsdamer Modell –
eine Antwort der CDU Potsdam auf den steigenden Schulbedarf**

Potsdam braucht als wachsende Stadt ein deutliches Mehrangebot an Grundschulen und weiterführenden Schulen. Der noch bis 2015 gültige Schulentwicklungsplan war schon am Tage seiner Beschlussfassung vor vier Jahren Makulatur - und alle Beteiligten wussten dies. Seitdem hat sich das Problem deutlich verschärft. Dafür gibt es zwei Ursachen - aber nur eine ist im öffentlichen Bewusstsein!

1. Der Zuzug vieler Menschen nach Potsdam, das Entstehen von komplett neuen Stadtteilen, die rasante Entwicklung der Ortsteile im Potsdamer Norden machen den Neubau und Ausbau von Schulen notwendig.

2. Jeden Tag werden 4.500 Nicht-Potsdamer Schüler in Potsdam beschult. Auf die staatlichen Schulen entfallen davon 2.400 Schüler, davon wiederum besuchen 800 Schüler Spezialschulen (Förderschulen, Sportschule). Die restlichen 1.650 Schüler kommen aus dem Umland, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming, Havelland, Berlin. Allein aus Potsdam-Mittelmark pendeln täglich 1.100 Schüler ein. Das entspricht zwei kompletten Schulstandorten!

Die wichtige Schulpendleranalyse, die eine Projektgruppe des Oberbürgermeisters erstellt hat, sagt dazu: "Zum Schuljahr 2012/13 werden in den öffentlichen Schulen Potsdams 1.650 auswärtige Schüler versorgt, die kein spezielles, der Oberzentrenfunktion der Landeshauptstadt Potsdam geschuldetes pädagogisches Konzept aufweisen. Davon wiederum kommen allein 1.400 Schüler aus Potsdam-Mittelmark (PM). Deutlich

standortrelevant sind dabei Schüler aus PM, die in den Gesamtschulen beschult werden. Die über 1.100 Schüler aus PM benötigen rechnerisch nahezu zwei komplette Schulstandorte.“

Das heißt im Klartext: Die Nachbar-Landkreise, insbesondere der Landkreis Potsdam-Mittelmark, verschieben mit Hilfe des Brandenburger Bildungsministeriums ihre Probleme nach Potsdam. Potsdam muss bereits eine Beschulungsquote von 140% erfüllen. Die Auswahl ortsansässiger und einpendelnder Kinder liegt nach den landesgesetzlichen Bestimmungen ausschließlich beim Land und bei den Schulen. Allein der Landkreis Potsdam-Mittelmark müsste etwa zwei zusätzliche Schulstandorte errichten, um diesen (ursächlich eigenen) Bedarf zu decken. Dieser Umstand überseigt die finanzielle Leistungsfähigkeit Potsdams.

Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, die CDU Potsdam steht zur freien Schulwahl der Eltern und Schüler. Gleichwohl muss der Oberbürgermeister von Potsdam, Jan Jakobs (SPD), dringend mit den Landräten der benachbarten Landkreise - insbesondere mit Potsdam-Mittelmarks Landrat Wolfgang Blasig (SPD) - und der brandenburgischen Ministerin für Bildung, Jugend und Sport Dr. Martina Münch MdL (SPD) darüber verhandeln. Ziel muss es sein, einen entsprechenden finanziellen Lastenausgleich zu erwirken, der neben laufenden Betriebskosten, auch die investive und finanzierungsrelevante Seite berücksichtigt. Das macht der Oberbürgermeister leider nicht. Er schlägt vielmehr vor, die Grundsteuer B in Potsdam deutlich anzuheben. Potsdamer Eltern sollen also mehr Steuern zahlen, um nicht nur das Problem "Schulmangel in Potsdam", sondern auch das Problem "Schulmangel in Potsdam-Mittelmark" zu lösen.

Hieraus leitet die CDU Potsdam folgende Forderungen und Lösungen ab.

1. Wir brauchen öffentliche, qualitativ hochwertige Schulen für unsere Potsdamer Kinder. Potsdamer Eltern zahlen u. a. hierfür bereits die Grundsteuer, die durch die SPD nunmehr auf einen Hebesatz von 560% erhöht werden soll und sind auch im Übrigen schon mit den hohen Abgaben der Landeshauptstadt belastet. Eltern leiden unter der Erfahrung, sich einen guten, wohnortnahen Schulplatz im wahrsten Sinne des Wortes erstreiten und erkämpfen müssen. Die Erfahrung hat zudem gezeigt, dass das Geld am Ende nicht in die Schulen fließt.

Die Stadt droht, Eltern mit Schulkindern in "Geiselhaft zu nehmen" – Steuern gegen Schulen. Dafür gab es schon bei den Bundestagswahlen keine Mehrheit in Deutschland!

Die Auswahl ortsansässiger und einpendelnder Kinder liegt nach den landesgesetzlichen Bestimmungen ausschließlich beim Land und bei den Schulen. Sie liegt nicht beim Schulträger. Für die Investitionen aber muss die Stadt ganz allein aufkommen. Das Land bestimmt also für Potsdam eine Quote von 140% und damit wie viele einpendelnde Kinder durch Potsdam zu akzeptieren sind. Die Stadt muss dann strukturell und finanziell dafür aufkommen.

Das bisherige Vorgehen der Stadt, im Schmusekurs mit dem Land eine Quote von 140% an Schulplätzen auch für Kinder aus dem Umland zu erfüllen, muss deshalb beendet werden.

Neben den Verhandlungen mit den benachbarten Landkreisen sind gesetzgeberische Maßnahmen des Landes gefordert. Welcher benachbarte Landkreis zahlt schon gern, wenn dazu keine Verpflichtung besteht?

2. Vor diesem Hintergrund und aus dem Erkenntnis heraus, dass wir der rot-roten Landesregierung nicht die Kraft für schnelle Lösungen zutrauen, müssen auf Potsdam zugeschnittene Lösungen gefunden werden.

Wir schlagen das "**Potsdamer Modell**" vor.

Schulen in freier Trägerschaft entscheiden selbst, welche Kinder sie aufnehmen. Beim Potsdamer Modell würde die Stadt mit freien Trägern in Verhandlungen vereinbaren, dass diese vorrangig Potsdamer Schüler beschulen. Anders als bei öffentlichen Schulen ist dies rechtlich zulässig. Dabei könnte auch eine soziale Komponente verhandelt werden, damit Schülern aus sozial schwachen Elternhäusern über einen Trägerzuschuss keine Hürden bei der Aufnahme in eine Schule freier Trägerschaft zu befürchten hätten.

Der Auftrag an Schulen in freier Trägerschaft gekoppelt mit einer sozialen Komponente ist immer noch günstiger als mit Investitionen in Millionenhöhe den Landkreis Potsdam-Mittelmark zu subventionieren.

3. Wenn die Landeshauptstadt Potsdam mietgünstigen Schulraum zur Verfügung stellt, wie es der KIS und die BIP Kreativitätsgrundschulen bei dem Interimsschulgebäude Gutenbergstraße bereits praktizieren, kann eine **soziale Komponente** eingepreist werden.

Es gibt genügend Träger von Schulen in freier Trägerschaft, die an einem solchen "Potsdamer Modell" Interesse zeigen. Das Land Brandenburg darf deshalb im Rahmen der Schulentwicklungsplanung nicht ausschließlich auf die Errichtung von zusätzlichen öffentlichen Schulen drängen, sondern muss den Spielraum für private Träger öffnen.

Dieses Modell eröffnet eine schnelle und eine kostengünstigere Lösung für Potsdam. Eine Steuererhöhung, wie von der SPD gefordert und von uns abgelehnt, wäre nicht notwendig. Die Landesregierung, die Stadt Potsdam und der Landkreis Potsdam-Mittelmark sind gefordert, sich an einen Tisch zu setzen. Im Interesse aller Potsdamer Kinder und Eltern.